destens 22mal pro Tag starten amerikanische und britische Maschinen zum Kurzstreckenflug nach Hannover, und immerhin 13mal täglich steht München, die weiteste Deutschland-Verbindung, auf dem Flugplan.

Dieses Angebot erfüllte zwar vor allem die Verpflichtung der Gast-Reeder gegenüber dem Stadtstaat, jederzeit den freien Luftverkehr von West-Berlin zur Bundesrepublik zu garantieren. Doch trotz dieses politischen Auftrags kamen die kommerziellen Interessen der Luftfahrtunternehmer nicht zu kurz.

Sichere Kasse brachte die Bonner Entscheidung von 1962, je Berlin-Flugmeile einen Zuschuß von durchschnittlich zehn Pfennig zu zahlen; Gesamt-Jahressubvention 1971: 85 Millionen Mark. Heute ist jede Meile auf einem Berlin-Flug rund 18 Pfennig billiger als eine Inland-Flugmeile der Lufthansa. Folge: Fluggäste, die von Hamburg nach München und zurück wollten (Lufthansa-Preis: 350 Mark), flogen häufig lieber mit BEA oder PanAm einen Umweg über West-Berlin und sparten dadurch 68 Mark.

Nun aber kommen die alliierten Berlin-Flieger nicht mehr auf ihre gewohnte Rechnung. Gestiegene Personal-, Treibstoff- und Landekosten versuchten sie noch zu Jahresbeginn durch radikale Einschränkung ihres Bordservice abzufangen. Für die Fluggäste auf den Kurzstrecken gab es nichts mehr zu essen — was den drei Liniengesellschaften im Jahr etwa acht Millionen Mark erspart.

Ersatz für hungrige Passagiere: Die BEA stellte Leih-Regenschirme für die oft langen Fußwege zu den wartenden Maschinen auf dem Tempelhofer Vorfeld, richtete (wie die PanAm) Nichtraucher-Reihen in den Maschinen ein, und die PanAm offerierte zudem „Baby-Korbwiegen", Malbücher oder „Junior Captain"- und „Junior-Stewardess"-Plaketten.

Mit derlei Dienstleistungen aber waren weder Passagierschwund noch Kostensteigerung aufzuhalten. Und schon im Sommer peilten die Alleinherrscher über Berlins Luft eine Preiserhöhung an, die, als sie publik wurde, dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz wieder mal „den Monopolcharakter der Gesellschaften deutlich" machte.

Das geplante Preis-Plus (dritte Anhebung seit 1970), das einen Frankfurt-Rückflug erneut um 15 auf 175 Mark verteuern würde, muß freilich noch von der Luftaufsichtsbehörde, den alliierten Luftfahrtattachés und deren Regierungen begutachtet — und bei normalem marktwirtschaftlichen Maßstab wohl abgelehnt werden.

Längst haben andere Gesellschaften angeboten, zum niedrigeren Preis und mit besserem Service in den Wettbewerb einzuscheren: Wieder, wie bei jeder Preiserhöhung zuvor, liegt den alliierten Attachés zum Beispiel das Angebot einer ebenfalls alliierten Gesellschaft vor, der „Modern Air", die seit Jahren von Tegel aus als größte Bedarfsfluggesellschaft mit acht vierstrahligen „Coronado"-Jets Charterdienst versieht.

Diese Amerikaner wollen nicht nur zum alten Tarif fliegen, sondern „dabei noch Essen an Bord servieren" („Modern Air"-Sprecher Klaus Komoll), überdies „lieber heute als morgen auch im Liniendienst nach Frankfurt starten" — trotz schlechter Erfahrungen: Den 1971 kurzzeitig zugestandenen Liniendienst zwischen Berlin und Saarbrücken hatte die Gesellschaft wieder einstellen müssen, als den alliierten Kollegen die abstruse Bedingung eingefallen war, für die 149sitzige Coronado maximal nur zwölf Passagiere pro Flug zuzulassen.

Nun endlich, da die Sieger-Linien immer mehr Gäste an den Boden verlieren, wird ernsthaft diskutiert, ob auch Außenseiter zum Fluge kommen sollen. Und ausgerechnet von einem Repräsentanten des Alliierten-Pools, dem ehemaligen Berliner BEA-Deutschland-Direktor Patrick Gillibrand, stammt der Vorschlag zur marktentspannenden Neuordnung: Eine Art „Air Berlin" soll unter Beteiligung des Bundes und des Berliner Senats, der alliierten wie anderer interessierter Gesellschaften — einschließlich Lufthansa — die Monopol-Troika ablösen.

Der größte Interessent freilich, die „Modern Air", will auf so ungewisse Lösungen gar nicht mehr warten und hat schon jetzt große Hoffnungen fliegen lassen. Noch in diesem Monat wird die Gesellschaft zwei ihrer acht in West-Berlin stationierten Coronado-Clipper nach Amerika heimführen.

US-ARMEE

Ausbruch aus dem Getto

Häufiger als je zuvor kommt es im deutschen Südwesten zu Gewalttaten amerikanischer Soldaten.

„Well", frohlockte vor sechs Monaten General Michael Davison, Chef der 7. US-Armee, „ich glaube, die Krise liegt hinter uns." Damals recherchierte der SPIEGEL einen Report über GIs in Deutschland (SPIEGEL 17/1972).

Nun mußte Davison widerrufen: wegen „einer Krise, wie wir sie mit den Amerikanern bislang noch nie gehabt haben" — so das Neu-Ulmer SPD-MdB Ludwig Fellermaier.

In einem offenen Brief an den Sozialdemokraten versprach der General, Disziplin und Ordnung wiederherzustellen. Denn immer öfter führen Rassendiskriminierung und Kasernentristesse, Zweifel am Kampfauftrag und Verzweiflung an der sozialen Situation zum Ausbruch. Immer häufiger verlassen Rotten von — meist farbigen — GIs ihre Kasernen-Gettos und überziehen die bislang als eher friedlich geltenden Beschützer-Provinzen im deutschen Südwesten mit Raub, Schlägereien und Vergewaltigungen:

- ▷ Acht Farbige verschleppten am 10. Juli ein sechzehnjähriges Mädchen in die Neu-Ulmer Wiley-Kaserne und vergewaltigten es nacheinander.
- ▷ Am darauffolgenden Wochenende registrierte die Ulmer Polizei acht schwere Überfälle auf Passanten, die von weißen und schwarzen GIs geschlagen und beraubt wurden.
- ▷ Rund 100 farbige Soldaten lieferten in der Nacht zum 13. August 35

Polizei-Einsatz bei GI-Schlägerei*: Sturmangriff für Brothers

* In Stuttgart, 13. August 1972.

US-General Davison
Krise wie noch nie

Stuttgarter Polizisten eine Straßenschlacht, nach der zehn Polizisten mit Hieb- und Stichwunden, Leberquetschungen und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

> Am 15. August verprügelten Soldaten in den Neu-Ulmer Wiley-Barracks ihren Truppenkommandeur, Major George D. Williamson, und zündeten anschließend Müllkontainer an; die Neu-Ulmer Feuerwehr wurde von den GIs mit einem Stein- und Bierflaschenhagel empfangen, und als der Brandmeister Walter Dzierson die Pumpe des Löschfahrzeugs in Betrieb setzen wollte, wurde er mit einer schweren Eisenstange von hinten niedergeschlagen.

> Auf dem Heilbronner Gelände der Wharton-Barracks versuchten am 22. August 40 farbige US-Soldaten die MP-Wache zu stürmen, um ein paar „Brothers" zu befreien, die zuvor einen türkischen Gastarbeiter mit Messern bedroht und ausgeraubt hatten; anrückende deutsche Streifenwagen wurden mit Schottersteinen demoliert.

> 15 farbige Soldaten vergewaltigten am 27. August zwei Mädchen aus Biberach, die am Donau-Ufer in Schlafsäcken übernachten wollten, auf „tierische Weise" (Ulms Kripo-Chef Wilhelm Bauer).

Die aktenkundigen Delikte werden von einer Unzahl kleiner, nicht einzeln registrierter Vergehen garniert. Der Neu-Ulmer Wolfgang Pietsch berichtete beispielsweise, daß er in einer „Wienerwald"-Gaststätte von US-Soldaten zur Zahlung von „Zigarettengeld" erpreßt worden sei, während sich andere GIs seiner Frau unsittlich genähert hätten. Am hellichten Tag belästigen Soldaten Frauen und Mädchen auf den Straßen und schlagen Passanten zusammen; nachts ziehen sie grölend mit Zivil- und Militärfahrzeugen durch die ruhigen Wohnstraßen am Neu-Ulmer Glacis.

Gesang und Gewalt werden freilich von deutschen wie amerikanischen Amtsträgern unterschiedlich bewertet. So hält der Personalchef der 7. Armee, Generalmajor Howard J. Hayward, die Ulmer und Stuttgarter Vorgänge für „sekundäre Ereignisse, die unser Hauptquartier nicht beschäftigen müssen". Und auch die deutsche Polizei müht sich, amerikanische An- und Übergriffe als kaum vermeidliches Schicksal aufzufassen. Landespolizeidirektor Ernst Borrman in Stuttgart: „Wo Truppen stationiert sind, kommt es eben zu Zwischenfällen, aber beim Militär kann man doch mit allem fertig werden."

Den Ulmer Oberstaatsanwalt Erich Geiselhart hingegen beunruhigt dieser amerikanische Way of life: „Allein in den letzten sechs Wochen habe ich es bei Raubüberfällen mit Dutzenden von Tätern aus der US-Armee zu tun gehabt, im ganzen Jahr 71 waren es nur einige wenige Fälle."

Staatsanwälte und Richter haben es schwer, Übeltätern aus Übersee den Prozeß zu machen. Die Forderung Ludwig Fellermaiers: „Der GI muß wissen, er kommt vor ein deutsches Gericht und brummt seine Strafe in deutschen Gefängnissen ab", wird bislang nur selten erfüllt. Denn das Nato-Truppenstatut vom 19. Juni 1951 gibt den „Militärbehörden des Entsendestaates das Recht, innerhalb des Aufnahmestaates die gesamte Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit auszuüben".

Der deutsche Verfolgungsverzicht muß zwar bei konkurrierender Strafgerichtsbarkeit ausgesetzt werden, wenn die jeweilige deutsche Staatsanwaltschaft innerhalb einer 21-Tage-Frist bei den amerikanischen Behörden den Antrag stellt. Aber — so der Neu-Ulmer Amtsgerichtsrat Franz Horber — „dem einzelnen Richter oder Staatsanwalt, der an der Front steht, ist zumeist nicht geläufig, was bei derartigen Vorkommnissen an internationaler Rücksichtnahme notwendig ist".

In aller Regel drängen deshalb deutsche Rechtswahrer nicht auf eine Aufhebung des Verfolgungsverzichts. Und diese Zurückhaltung wird durch Erfahrungen gefördert, wie sie Richter Horber machen mußte: Am 30. Juni war der farbige GI Jessa Griffin, 22, nach einer Auseinandersetzung mit deutschen Haschhändlern auf der Flucht in den Illerkanal bei Neu-Ulm gesprungen und ertrunken. Nachdem die Leiche am 9. Juli gefunden und zur Obduktion ins Gerichtsmedizinische Labor gebracht worden war, tauchte tags darauf ein amerikanisches Kommando auf, griff sich mit einem Hinweis auf die amerikanische Rechtshoheit den Leichnam vom Seziertisch und verhinderte damit die Feststellung der Todesursache — ein Zwischenfall, der in der Öffentlichkeit bislang nicht bekanntgeworden ist.

MdB Fellermaier drängt denn auch, die „rechtspolitische Situation neu zu überdenken und voll auszuschöpfen". Auf Anregung des Parlamentariers legten Mittwoch vorletzter Woche Juristen vom Bonner Justizministerium ein Gutachten vor — das allerdings zu der Empfehlung kommt, alles beim alten zu lassen: Es liege im Interesse der deutschen Strafrechtspflege, möglichst viele Fälle der amerikanischen Militärgerichtsbarkeit zu überlassen. Dadurch würden die deutschen Gerichte wesentlich entlastet; zudem sei zu bedenken, daß US-Tribunale „schneller und oft auch härter strafen".

Der US-Soldat freilich, der am 15. August in den Neu-Ulmer Wiley-Barracks den deutschen Feuerwehrmann niederschlug, war letzte Woche noch nicht einmal ermittelt.

Die Brand-Brigade half sich vorerst selbst: Sie will auf amerikanischem Gelände nicht mehr löschen, was immer da brennt.

DISKOTHEKEN

Längst vergilbt

Ein linker Studentenführer aus der Pfalz wurde als Diskotheken-Besitzer Millionär: Nun sucht er den Weg zurück „zur Basis".

Der einstige Asta-Chef der Universität Heidelberg, Erich Kaub, 38, wäre „am liebsten Sozialist" geworden. Doch er wurde Europas größter Beatklub-Unternehmer.

Mit dem Apo-Philosophen Ernest Mandel diskutiert er im Urlaub über kommunistische Wirtschaftstheorien, mit Oetkers Bierchef Gert Drummer

Diskotheken-Besitzer Kaub
„Am liebsten Sozialist"